

SITTA Kritisziert Agrarpolitik im Land UND ERWARTET MEHR ERGEBNISSES ENGAGEMENT ZUR BEKÄMPFUNG DER SCHWEINEPEST

am 7. März 2018

[Agrarpolitik](#), [Frank Sitta](#),
[Schweinepest](#)

Der Landesvorsitzende der Freien Demokraten in Sachsen-Anhalt, Frank Sitta, MdB hat anlässlich des Jahreskongresses des Bauernverbands Sachsen-Anhalt die schwache Agrarpolitik kritisiert. Zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) mahnt er mehr Einsatz für Informationsarbeit.

„Die derzeitige Agrarpolitik ist fraglos von grüner Ideologie geprägt. Man pflegt Vorstellungen von ländlicher Idylle, während man auf der anderen Seite Investitionen hat, die Äcker und Fluren mit Windkraftanlagen zu

Es ist schon richtig, dass Landwirte übergangsweise gesondert unterstützt werden, die eine solche Entscheidung treffen, auf Bio-Produktion umzustellen. Allerdings nur auf einem Teil ihrer Flächen. Die Begründungen, die dafür liefert, warum der Öko-Anteil der sachsen-anhaltischen Landwirtschaft auf 20 Prozent erhöht werden muss, sind doch aber recht schwach. Sie erwecken den Eindruck, dass es hier eher nicht um rationale Entscheidungen geht. Es sieht es deshalb als völlig nachvollziehbaren Entschluss an, dass Land- und Forstwirtschaft Sachsen-Anhalts, beim Leitbildprozess, als Staffage dienen zu wollen.

Der Bundestagsabgeordnete schloss sich den Vorschlägen des Bauernverbands für Maßnahmen zur Bekämpfung afrikanischen Schweinepest an: „Die Seuche ist für Menschen nicht gefährlich, ist ein wichtiger Verbreitungsweg – etwa über infizierte Fleisch – und den Verkehrswegen muss es klare Informationen für Kraftfahrzeuge von den betroffenen Ländern nach Deutschland fahren. Dort wo sie ihre Ruhezeiten einhalten, sollte es besonders strenge Abfallbehälter für Lebensmittelreste geben.“ Ebenfalls sehr schnell Maßnahmen für die intensive Bejagung von Wildtieren werden. „Die Jäger benötigen dafür mehr staatliche Unterstützung, aber auch was die rechtlichen Rahmenbedingungen angeht, brauchen zudem insgesamt eine größere politische Wertschätzung, angesichts einer in dieser Hinsicht zunehmend kritischen Haltung der Bevölkerung.“